

Kardinal Woelki ist kein benadeter, aber ein routinierter Prediger. Er weiß, worüber man im Advent sprechen muss: über das Warten. Der „Gesellschaft des Jetzt und Sofort“ falle es schwer zu warten, beklagte er. Denn Geduld sei etwas, das „wir heute kaum haben“. Das merke man gerade in der Adventszeit, die heute „irgendwie quasi unterzugehen“ scheine, weil die Weihnachtszeit alles in den Schatten stelle, sagt der Kölner Erzbischof – allerdings nicht in einer Predigt. Woelki stimmte sein Klagelied über den Zeitgeist während einer der drei „Informationsveranstaltungen zu den Hintergründen und dem aktuellen Sachstand zur unabhängigen Untersuchung zum Umgang mit sexualisierter Gewalt im Erzbistum Köln“ an.

Diese waren in den vergangenen Adventswochen dazu gedacht, Mitgliedern von Pfarrgemeinderäten und Kirchenvorständen plausibel zu machen, warum Woelki keine andere Wahl hatte, als das

schon im Frühjahr 2011 wieder an alter Stelle eingesetzt. Der Düsseldorfer Geistliche O., dessen Opfer vom Erzbistum Köln 15 000 Euro und damit das Dreifache des damals geltenden Höchstsatzes als Anerkennung seines Leids zugesprochen worden war, begleitete Woelki im Jahr 2012 als persönlicher Gast zu dessen Kardinalserhebung nach Rom.

Auch aus Köln selbst muss sich Woelki, der 2018 mit markigen Ankündigungen wie der profiliert hatte, dass er keine Vertuschung in seinem Erzbistum dulde, harte Worte gefallen lassen. Die Pfarrgemeinderäte aus Bickendorf, Ehrenfeld und Ossendorf schreiben in einem offenen Brief an den Kardinal über dessen Umgang mit dem Münchener Gutachten: „Wir und viele Menschen in unseren Gemeinden sehen darin eine Haltung, die die Täter schützt und die Missbrauchten nicht sieht.“

Was sich derzeit im Erzbistum abspiele, sei „der Super-GAU“, sagt ein Priester. Denn die Stimmung war schon vor Woel-

# Wut auf Woelki

Ein Gutachten zu sexuellem Missbrauch wird zurückgehalten, Gemeinden sollen zusammengelegt werden. Im Kölner Erzbistum bildet sich Widerstand gegen den Kardinal.

Von Daniel Deckers und Thomas Jansen

von ihm im Herbst 2018 angeforderte Gutachten einer Münchner Kanzlei über sexualisierte Gewalt nicht zu veröffentlichen. Der Subtext seiner Botschaft war klar: Von einer Gesellschaft, die vor lauter Ungeduld nicht einmal mehr mit dem Advent etwas anfangen kann, darf man kein Verständnis dafür erwarten, dass der Kölner Kardinal bis zum 18. März auf ein zweites Gutachten warten will, weil das erste (das Woelki angeblich nie gesehen hat) doch gravierende methodische Mängel aufweise.

Während sich der Kölner Kardinal als Opfer einer Gesellschaft darstellt, die das Warten verlernt hat, und hochbezahlte Anwälte auf besagten Informationsveranstaltungen ihre Sicht der Dinge darlegen dürfen, ohne dass sich deren zum Teil ehrenrührige Behauptungen über die Arbeit der Münchner Kanzlei überprüfen ließen, brechen sich in immer mehr Gemeinden im Erzbistum Wut und Enttäuschung ungefiltert Bahn. Das „heilige Köln“ ist in Aufruhr, die schwerste Krise der Nachkriegszeit erschüttert das Erzbistum.

Katholiken, die ihrer Kirche jahrzehntelang die Treue gehalten haben, rebellieren gegen ihren Kardinal, selbst solche, die bislang stets loyal zu Woelki gestanden haben. Pfarrgemeinderäte machen ihrem Unmut öffentlich Luft – und das in einer Weise, die früher undenkbar gewesen wäre. Das Verhalten des Kölner Erzbischofs empfindet man als „unwürdig und als Verhöhnung der Opfer von Gewalttaten“, schreiben etwa der Pfarrgemeinderat und der Kirchenvorstand von Sankt Margareta in Düsseldorf in einer gemeinsamen Stellungnahme. Der Kardinal werde seiner Verantwortung als oberster Seelsorger einer großen und einflussreichen Diözese „nicht länger gerecht“. Man habe den Eindruck, er flüchte sich in juristische Details und kirchenrechtliche Regelungen, „statt sich um das Wohl der Menschen zu kümmern“, kritisieren die Düsseldorfer Katholiken. Anstatt Verantwortung zu übernehmen, gebe er „seinen Fall“ zur kirchenrechtlichen Klärung nach Rom. Auch vor dem Wort „Rücktritt“ schreckt die Kirchengemeinde nicht mehr zurück: „Wir wollen uns dabei nicht ammaßen, ihn explizit zum Rücktritt aufzufordern“, aber man fordere den Kardinal auf, „das Richtige“ zu tun.

Und Pfarrgemeinderat und Kirchenvorstand lassen keinen Zweifel daran, was aus ihrer Sicht „das Richtige“ wäre: Das Gutachten der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Westl über sexualisierte Gewalt im Erzbistum Köln unverzüglich zu veröffentlichen und das „Wohl der Betroffenen“ vor das „Wohl der Amtskirche oder das Wohl einzelner Priester und Bischöfe“ zu stellen.

Nicht weniger deutlich werden die Katholiken in den Düsseldorfer Stadtteilen Derendorf und Pempelfort: Woelki verliere durch sein Verhalten „jedes Vertrauen und jede Autorität“, schreibt der dortige Pfarrgemeinderat in einem offenen Brief an den Kardinal. „Sie werden in jeder Hinsicht ungläubwürdig – administrativ und theologisch“, lässt man den Kardinal wissen, der vor seiner Wahl zum Erzbischof von Berlin im Jahr 2011 als Weihbischof für den Pastoralbezirk Nord zuständig war, in dem auch Düsseldorf und Wuppertal liegen. 2010 waren Priester aus beiden Städten massiver sexueller Gewalt gegenüber Minderjährigen beschuldigt worden. In beiden Fällen wurden seitens der Bistumsleitung nicht die vorgegebenen kirchenrechtlichen Verfahren in die Wege geleitet. In Wuppertal wurde Pfarrer U.

kis Ankündigung Ende Oktober, das von ihm in Auftrag gegebene Münchener Gutachten nicht zu veröffentlichen, an einem Tiefpunkt angelangt. Viele Katholiken sind empört über die Pläne des Erzbistums zur Bildung noch größerer Pfarreien: Von derzeit noch 570 Pfarrgemeinden, die in 180 sogenannten Seelsorgebereichen zusammengefasst sind, sollen bis 2030 nur noch fünfzig bis sechzig übrig bleiben. „Pastoraler Zukunftsweg“ heißt das Projekt. Und nicht nur einfach Gläubige werfen der Bistumsleitung vor, die Reform über ihre Köpfe hinweg durchzusetzen. Von „Simulation von Partizipation“ sprechen auch namhafte Geistliche aus der Führungsebene des Erzbistums. Ein Politiker, der das Agieren Woelkis und seiner engsten Mitarbeiter seit Jahren beobachtet, diagnostiziert im Hintergrund der Kölner „Geisterfahrer“ einen „Habitus von Macht in Kombination mit einer gehörigen Portion Unfähigkeit“.

Der Umgang des Kardinals mit dem Münchener Gutachten sei „ein Unding“, sagt Peter Möhrke, Pfarrgemeinderatsvorsitzender aus Köln-Bickendorf und einer der beiden Unterzeichner des offenen Briefes der katholischen Kirche in Bickendorf, Ehrenfeld und Ossendorf an Woelki. Und über die Zusammenlegung der Pfarreien sieht er das letzte Wort noch nicht gesprochen. „Jetzt reicht es. Wir haben als Laien ein Versprechen bekommen, aber unsere Fragen werden nicht berücksichtigt. Stattdessen bekommen wir einen unsäglichen Werbefilm vorgeführt“, sagt Peter Möhrke. „Das geht gar nicht.“ Noch seien die Gottesdienste im Kölner Westen gut besucht, sei das Gemeindeleben intakt. „Das wollen wir uns nicht kaputt machen lassen.“

Verärgert hat ihn und den Pfarrgemeinderat aber auch die vorübergehende Abschaltung der Internetseite der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) in Köln. Sie werfen dem Erzbistum „Zensur“ vor. Die Mitarbeiter der Hochschulgemeinde hatten sich geweigert, ein Positionspapier von der Seite zu entfernen, in dem sie sich für Reformen in der Kirche aussprechen. Dabei gingen ihre Forderungen, etwa nach einem Zugang von Frauen zu Ämtern in der Kirche und einer reformierten Sexualmoral, nicht über das hinaus, was mittlerweile auch die Katholische Frauengemeinschaft (kfD) öffentlich fordert. Besonders betroffen mache sie, dass die Stellungnahme der katholischen Studentengemeinde „weitaus näher an der Lebenswirklichkeit von uns Gläubigen ist als das Lebensbild großer Teile des Kölner Klerus“, schreiben Möhrke und seine Mitstreiter in ihrem offenen Brief. Aus dem Domkapitel ist zu hören, dass in vielen Gemeinden die Wut auf Woelki und seine Weihbischofe auch deswegen groß ist, weil sie auf den Veranstaltungen des Synodalen Wegs, den die Deutsche Bischofskonferenz zusammen mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) im vergangenen Jahr ins Leben gerufen hat, alle Reformbestrebungen blockierten. Dass die Kölner Hochschulgemeinde mittlerweile direkt dem Generalvikariat unterstellt ist und den Mitarbeitern arbeitsrechtliche Konsequenzen androht wurden, passt in dieses Bild.

Kardinal Woelki kennt die Gemeinde Sankt Margareta gut. Hier, in Düsseldorf-Gerresheim, hatte er in den achtziger Jahren als Theologiestudent ein Praktikum absolviert und nach seiner Diakonweihe



Er solle „das Richtige“ tun: Katholische Laien legen dem Kölner Kardinal Woelki den Rücktritt nahe.

Foto Andreas Pein

in der Seelsorge gewirkt. Dem damaligen Pfarrer O. blieb Woelki bis zu dessen Tod im Jahr 2017 freundschaftlich verbunden. Die Totenmesse zelebrierte er selbst und sparte nicht mit anerkennenden Worten für das Lebenswerk des Verstorbenen.

Seit Anfang Dezember sieht sich der Kardinal selbst mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe auch selbst den Fall schweren sexuellen Missbrauchs vertuscht, den O. an einem Jungen im Kindergartenalter Ende der siebziger Jahre begangen haben soll. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtete, Woelki sei mit dem Vorgang wie mit allen „Altfällen“ nach seinem Amtsantritt 2015 befasst worden. Abermals sei keine Voruntersuchung eingeleitet worden, was nun in dem Vorwurf gipfelte, Woelki habe ebenso wie sein Vorgänger Kardinal Meisner pflichtwidrig eine Meldung an die Glaubenskongregation im Vatikan unterlassen.

Seither versucht Woelki den Vorwurf, er hätte den Fall der Glaubenskongregation melden müssen, als Privatmeinung des Münsteraner Kirchenrechtlers Thomas Schüller abzutun. Schüller wird neben dem Tübinger Kirchenrechtler Bernhard Sven Anuth vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ als Gewährsmann zitiert und steht nicht im Ruf, Woelki sonderlich zugetan zu sein. In einer Stellungnahme dazu argumentierte das Erzbistum, der Beschuldigte O. sei wegen einer fortgeschrittenen Demenz und zwei Schlaganfällen nicht mehr ansprechbar gewesen, und der „potenziell Betroffene“ habe „ausdrücklich nicht an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken“ wollen. Deshalb sei eine Voruntersuchung nicht möglich gewesen und damit auch keine Meldung an die Glaubenskongregation erfolgt. In einer späte-

## Morgen

### Bildungswelten

Vom Singen geht in der Pandemie Gefahr aus. Als reformatorische Errungenschaft fand es einst den Weg in die Gottesdienste.

ren Fassung der Stellungnahme las sich der Fall schon anders. Nun hieß es, „laut Aktenlage“ habe der „Anzeigeerstatter“ gegenüber dem Erzbistum deutlich gemacht, „er sehe sich nicht in der Lage, sich weiter zur Sache zu äußern“.

Dieser kirchenrechtlichen Argumentation des Erzbistums widersprechen nicht nur die Kirchenrechtler Schüller und Anuth. Auch ihr emeritierter Münsteraner Kollege Klaus Lüdicke sagt, Woelki hätte den Fall melden müssen. „Dazu war der Ordinarus des Erzbistums Köln, also in erster Linie Kardinal Woelki, verpflichtet,

auch wenn keine Voruntersuchung durchgeführt wurde“, sagte Lüdicke der F.A.Z. Das Kirchenrecht sehe vor, dass auf die Voruntersuchung verzichtet werden könne, wenn sie „als gänzlich überflüssig“ erscheine. Und diese Ausnahme könne man wohl auch anwenden, „wenn keine Erkenntnisse zu erreichen sind, weil der Betroffene nicht mitwirkt und der Beschuldigte nicht mehr Stellung nehmen kann“, so Lüdicke, der weltweit als einer der besten Kenner des kirchlichen Strafprozessrechts gilt. Aber das ändert laut dem Kirchenrechtler nichts daran, dass Kardinal Woelki den Fall hätte nach Rom melden müssen. „Indem der Ordinarus die Weisung von Artikel 16 der Normen über die schwerer wiegenden Delikte nicht befolgte, hat er eine Pflichtverletzung begangen“, konstatiert der Kirchenrechtler. Artikel 16 schreibt vor, wann immer der Ortsbischof „eine mindestens wahrscheinliche Nachricht über eine schwerwiegendere Straftat“ erhalte, „muss er nach Durchführung einer Voruntersuchung die Kongregation für die Glaubenslehre darüber informieren“.

Mittlerweile ist die offizielle Version des Erzbistums Köln jedoch wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Der Betroffene teilte der Kölner Zeitung „Express“ mit, dass er die Darstellung des Erzbistums „so nicht bestätigen“ könne. Er habe „detailliert über die Tat berichtet und habe gegeben, soweit wie möglich außen vor gelassen zu werden“, zitiert ihn der „Express“. „Eine generelle Verweigerung der Mithilfe hat jedoch nicht stattgefunden.“ Nach einem Gespräch des Betroffenen mit Kardinal Woelki teilte das Erzbistum auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeigers“ dann mit, dass nach „aktuellen Erkenntnissen“ nunmehr klar sei, „dass sich der Betroffene damals einen weiteren Informationsaustausch gewünscht“ habe. Die zuständige Ansprechperson habe das jedoch „nicht umgesetzt“. Offen ließ die Erklärung nach Angaben der Zeitung, ob sich diese Angaben auf das Jahr 2015 beziehen, also Woelkis Amtszeit als Erzbischof, oder auf jene seines Vorgängers Meisner.

Doch auch diese Behauptung des Erzbistums Köln blieb nicht lange unwidersprochen. Christa Pesch, die im Jahr 2010 als Ansprechperson des Erzbistums für Opfer sexuellen Missbrauchs von dem Fall O. erfahren hat, sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, sie habe den „Informationsaustausch“, zu dem der Betroffene bereit gewesen sei, deshalb nicht umsetzen können, weil es nichts gegeben habe, worüber sie den Betroffenen von Seiten des Erzbistums hätte informieren können. Auch im Jahr 2015, nachdem Woelki als neuer Erzbischof Kenntnis von dem Vorwurf erhielt, sei zu „keinem Zeitpunkt“ von Sei-

ten des Erzbistums jemand mit der Bitte um weitere Informationen oder dem Wunsch einer Kontaktaufnahme an sie herangetreten, so die langjährige Opferbeauftragte. Sie sei bestürzt und fassungslos darüber, dass die Bistumsleitung nun verbreite, es habe an ihr gelegen, dass es keinen Informationsaustausch gegeben habe.

Nicht nur unter Laien, auch unter Priestern wächst der Unmut. Öffentlich äußern wollen sich aber nur wenige. Ein einfacher Pfarrer aus der niederrheinischen Provinz wurde Ende November zum Sprachrohr des aufgestauten Frusts unter den Katholiken im Rheinland. Was sich derzeit „in Teilen unserer Kirchenleitung abspielt, kann ich den Menschen, die mich fragen, nicht mehr erklären“, schrieb Pfarrer Meik Schirpenbach, der 21 Pfarreien in Grevenbroich und Rommerskirchen leitet. „Sorgen eines Landpfarrers im Rheinland“ war sein Brandbrief betitelt, der auf der offiziellen Internetseite seiner Pfarrei veröffentlicht wurde und in Windeseile die Runde machte.

Anfangs habe er noch versucht, das Vorgehen des Erzbistums zu verstehen und zu erklären, „doch was inzwischen hier draußen ankommt, ist, dass sich hohe Amtsträger hinter den Kulissen streiten, wer denn nun Verantwortung übernehmen soll“, so Schirpenbach. Der Pfarrer steht mit seinen Ansichten nicht allein: „Er spricht den Leuten hier aus dem Herzen. Wir möchten ihm den Rücken stärken und haben deshalb eine Unterschriftenaktion gestartet“, berichtet Pfarrgemeinderatsvorsitzende Brigitte Holzweiler. Schirpenbachs Abrechnung mit dem Erzbistum, in welcher der Name Woelki nicht fällt, mündet in den Worten: „Wollt ihr die Kirche nur denen überlassen, die sie vor die Wand zu fahren drohen?“ Dass es am Ende so kommen könnte, spiegelt sich in der Zahl der Kirchenaustritte. Die liegt in den Monaten November und Dezember schon jetzt höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Schon damals hatte sie einen historischen Höchststand erreicht. Und wenn die Austrittswelle derzeit noch nicht ihre volle Dynamik entwickelt hat, wie viele Pfarrer vermuten, dann liegt es nur daran, dass bei den Amtsergichten auch wegen der Corona-Pandemie kaum Termine zu bekommen sind.

Die Frage, wie lange es in Köln mit Vertuschung und Verdrängung noch weitergehen kann, müssen sich mittlerweile auch die anderen Bischöfe in Deutschland gefallen lassen. Doch deren Möglichkeiten, auf Woelki einzuwirken, sind begrenzt. Der Limburger Bischof Georg Bätzing sprach jüngst für viele, als der den Umgang des Kölner Kardinals mit dem Thema sexuelle Gewalt ein „Desaster“ nannte. Ein anderer Bischof ist der Verzweiflung an seinem Amt nicht mehr nur nahe. „Ich war noch nie mit meinem Glauben an die Kirche so weit unten wie jetzt“, bricht es aus ihm heraus. „Ich schäme mich.“

# Enttarnter Hosenlatz

Die Reaktion des Kremels auf Nawalnyj  
Von Reinhard Veser

Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow verteidigt den russischen Inlandsgeheimdienst FSB: „Absolut unangebracht“ sei die Frage, ob Präsident Wladimir Putin den Agenten noch vertraue, beschied er russischen Journalisten am Dienstag. Der FSB schütze Russland vor „verschiedenen tödlichen Gefahren“, und „diese Rolle spielt er zweifellos sehr gut und sehr effizient“. Nach den jüngsten Enthüllungen über den Nervengiftanschlag auf den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj werden die professionellen Qualitäten des FSB im kremlkritischen Teil der russischen Öffentlichkeit allerdings sehr in Zweifel gezogen. In vielen Kommentaren werden Häme und Spott über den FSB-Männern ausgegossen, die beim Versuch, den wichtigsten Regimegegner des Landes zu ermorden, durch ihre mangelhafte Vorsicht so viele Spuren hinterlassen haben, dass sie von einer Gruppe von Investigativjournalisten des Portals „Bellingcat“ enttarnt werden konnten; aus manchen Äußerungen spricht indes auch Sorge über den Zustand des russischen Staates, wenn in einem von Geheimdienstlern errichteten und getragenen Regime sogar die Geheimdienste inkompetent zu agieren scheinen.

Peskow musste sich am Dienstag zu dem von Nawalnyj tags zuvor im Internet veröffentlichten Telefonat mit dem FSB-Mann Konstantin Kudrjawzew äußern. Der hatte dem Regimegegner, der sich am Telefon als hochgestellter Mitarbeiter des Sicherheitsapparats ausgab, Details zu dem im August in Tomsk in Sibirien verübten Anschlag mitgeteilt. Im Kreml habe man „natürlich“ keine Zeit, „solche Materialien“ anzusehen, sagte Peskow. Der „Kranke“ zeige klare Anzeichen von Verfolgungs- und Größenwahn, sagte er über Nawalnyj, den er nie beim Namen nennt. Außerdem deute dessen „Fixierung auf die Zone des Hosenlatzes“ auf ein „Symptom nach Freud“ hin, sagte Peskow – und gab damit zu erkennen, dass das Video im Kreml offenbar doch zur Kenntnis genommen worden ist. Denn im wichtigsten Teil des Gesprächs schildert FSB-Mann Kudrjawzew, dass das Gift an der Innenseite von Nawalnyjs blauer Unterhose im Leistenbereich aufgebracht worden sei. Peskow wiederholte (so wie auch die russischen Staatsmedien) die Behauptung, von einer Vergiftung Nawalnyjs könne nicht gesprochen werden, da es dazu keine Informationen gebe. Spezialisierte Labore in Deutschland, Frankreich und Schweden sowie die Organisation zum Verbot Chemischer Waffen haben jedoch bestätigt, dass Nawalnyj mit einem Kampfstoff der Nowitschok-Gruppe vergiftet wurde, die im Rahmen des Chemiewaffenprogramms der Sowjetunion entwickelt worden ist.

Die Verteidigungslinie des Regimes zu den Enthüllungen ist widersprüchlich. In der Stellungnahme des FSB zu dem Telefonat Nawalnyjs mit Kudrjawzew wird einerseits von einer Fälschung gesprochen, indirekt aber zugegeben, dass Nawalnyj mit einem echten FSB-Mann gesprochen hat: Die „Veränderung der Nummer des Anrufers“ sei ein bekanntes Mittel gegnerischer Dienste, das schon früher bei „antirussischen Aktionen“ verwendet worden sei. Putin selbst hatte in seiner Jahrespressekonferenz in seiner Antwort auf eine Frage nach dem damals bekannten ersten Teil der „Bellingcat“-Enthüllungen erstmals zugegeben, dass der FSB Nawalnyj überwache. Dass „Bellingcat“ Nawalnyjs Begleiter aus dem FSB unter anderem durch Telefonatdaten identifiziert hatte, erklärte er damit, dass die Agenten ihre Telefone dann einschalteten, „wenn sie es für nötig halten, sich nicht zu verstecken“.

Auf ähnliche Weise widersprüchlich, aber nicht so defensiv, ist auch die Haltung zu den Vorwürfen aus den Vereinigten Staaten, Hacker des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR stünden hinter den Angriffen auf Computer zahlreicher amerikanischer Ministerien, Behörden und Unternehmen. Während von Regierungsseite jede Beteiligung an den Attacken empört bestritten wird, ergehen sich die kremltreuen Medien in Schadenfreude. Die schönsten Glückwünsche zum hundertjährigen Bestehen der russischen Auslandsaufklärung seien aus Amerika gekommen, heißt es etwa in einem Kommentar der staatlichen Nachrichtenagentur Ria: „Schon zehn Tage diskutieren amerikanische Medien und Politiker über den, asymmetrischen Sieg Russlands über die Vereinigten Staaten.“ Jetzt müsse Russland eben „mit dem Status einer Cybersupermacht“ leben.